

28. Januar 2022

Deutscher Bundestag: Welche kulturpolitischen Vorhaben stehen auf der Agenda?

Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker aller Fraktionen über ihre Ziele in der 20. Legislaturperiode

Berlin, den 28.01.2022. Welche kulturpolitischen Anliegen wollen Sie verfolgen? Auf welche Themen setzen Sie dabei besondere Akzente? Diese Fragen stellt Politik & Kultur, die Zeitung des Deutschen Kulturrates, den frisch gewählten kulturpolitischen Sprecherinnen und Sprechern aller Fraktionen im Deutschen Bundestag in der aktuellen Ausgabe 2/22.

Die Antworten reichen von: Diversität und Gleichstellung im Kulturbetrieb sowie Evaluierung und Anpassung der coronabedingten Hilfsprogramme über soziale Absicherung von Freiberuflern, Soloselbstständigen und Hybridbeschäftigten und mehr Digitalisierung in Kulturbetrieben bis hin zu moderne Erinnerungskultur plus Gedenkstättenarbeit und krisenfeste Gestaltung der Kulturförderung.

Die Statements von **Helge Lindh** (SPD), **Christiane Schenderlein** (CDU/CSU), **Erhard Grundl** (Bündnis 90/Die Grünen), **Anikó Merten** (FDP), **Marc Jongen** (AfD) und **Jan Korte** (Die Linke) finden Sie auf den Seiten 6 und 7 der aktuellen Ausgabe.

Außerdem steht die Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag, **Katrin Budde**, im Gespräch mit Hans Jessen Rede und Antwort. Katrin Budde will den Fokus Ihrer Ausschussarbeit insbesondere auf die Schwerpunkte Industriekultur und Erinnerungskultur legen. Außerdem will Sie sich für die stärkere Verankerung von Kunst und Kultur im Grundgesetz einsetzen: „Kunst und Kultur müssen stärker im Grundgesetz verankert werden. Und zwar (...) als eine Form der Daseinsvorsorge. Wenn das im Grundgesetz steht, können Länder und Kommunen die Förderung von Kunst und Kultur nicht mehr nur als freiwillige Leistung ansehen, sondern als Pflichtaufgabe. Wenn das Recht auf Kunst und Kultur und die Teilhabe daran in einer stärkeren Formulierung ins Grundgesetz kommt, dann bedeutet das für die Zukunft auch, dass die Finanzierung dieses Bereichs, der ja nicht primär wirtschaftlichen Zwecken folgt, unter einem anderen Aspekt steht. Als staatliche Aufgabe – nicht, was die Inhalte betrifft, aber die materielle Ermöglichung – würde stärkere Verankerung in der Verfassung mehr Verpflichtung und Verlässlichkeit bedeuten“, so Budde in Politik & Kultur 2/22.

Lesen Sie das ganze Interview auf Seite 8.

28. Januar 2022

- Politik & Kultur ist die Zeitung des Deutschen Kulturrates. Sie wird herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler.
- Sie erscheint zehnmal jährlich und ist erhältlich in Bahnhofsbuchhandlungen, an großen Kiosken, auf Flughäfen und im Abonnement: Einzelpreis: 4,00 Euro, im Abonnement: 30,00 Euro (inkl. Porto), im Abonnement für Studierende: 25 Euro (inkl. Porto).
- Die Februar-Ausgabe von Politik & Kultur steht hier auch als kostenfreies E-Paper (pdf-Datei) zum Herunterladen bereit.

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat